

Kapitel 3

Eigeninitiative oder sanfter Paternalismus?

Die Rolle von *Nudging* für die Altersvorsorge

Christian Traxler und Klaus Hurrelmann

Jugendliche und junge Erwachsene sehen sich heute mit einer höchst anspruchsvollen Aufgabe konfrontiert. Schon am Beginn ihres Berufslebens, im Idealfall schon während ihrer Berufsausbildung, sollen sie in Eigeninitiative individuelle Vorsorge für ihre spätere Alterssicherung betreiben. Entweder durch den aktiv betriebenen Einstieg in eine betriebliche Altersversorgung oder über private Sparanstrengungen. Doch wie realistisch ist es, dass junge Menschen Teile ihrer ersten Ersparnisse und Einkommen aktiv und vorrausschauend in die Absicherung eines noch recht abstrakten Lebensereignisses investieren, welches erst in 45 bis 50 Jahren eintreten wird?

Im Vordergrund dieses Kapitels steht die These, dass die heute existierenden Formen des Förderns und Regulierens kaum zielführend sind. Sie verlangen nicht nur ein hohes Maß an Verständnis und Einsicht, sondern auch die Fähigkeit, sich auf dieser Basis rational zu verhalten. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass ein großer Teil der jungen Generation hierdurch überfordert ist. Wir gehen von der Vorstellung aus, dass ein „wirksam regierender“ Staat viel stärker mit *Nudging* arbeiten sollte. Mit diesem Begriff sind Regulierungen gemeint, die darauf abzielen, das Verhalten von Entscheidungsträgern durch unverbindliche aber wirkungsvolle „Stupser“ (so die wörtliche Übersetzung von *nudge*) zu lenken, ohne dabei auf explizite ökonomische Anreize zurückzugreifen.¹

Im Kontext der Altersvorsorge geht es hier um institutionelle Rahmenbedingungen, die junge Leute dazu bringen, früher und stärker Eigenvorsorge zu betreiben, ohne die Jugendlichen zu einem bestimmten Verhalten zu „zwingen“. Der Ansatz ist natürlich paternalistisch, insofern hier Menschen zu einem Verhalten angeregt werden sollen („mehr Vorsorge“), das als „besser für sie“ eingestuft wird – und die Lebensumstände der Entscheidungsträger ex-post (z. B. im Rentenalter) auch tatsächlich besser stellt. Im

1 Der Begriff *Nudge* wurde geprägt durch Thaler und Sunstein (2009). Einen kompakten Überblick zu unterschiedlichen Anwendungsbereichen von *Nudging* bietet die Vodafone Stiftung Deutschland (2014).

Gegensatz zu traditionellen Formen des Regulierens (z. B. Rauchverbote) ist der Paternalismus jedoch eine „libertäre“ bzw. „sanfte“ Form (Thaler/Sunstein 2003), insofern ein *Nudge* eben nur stupst, aber nicht verpflichtet. Die individuelle Entscheidungsfreiheit soll also gewahrt werden.

Würde in Deutschland in einer Situation, in der fünfzehn Jahre nach der Reform der Altersversorgung deutlich wird, wie unzureichend die bisherigen Reformen sind, ein intelligentes *Nudging* helfen? Würden solche „sanft paternalistischen“ Hilfeleistungen bei den Jugendlichen auf Zustimmung stoßen?

Die Befragungsergebnisse der vorliegenden Studie liefern dazu klare Antworten mit ebenso klaren Politikimplikationen. Sie zeigen, dass in der Generation Y grundsätzlich sympathisierende Positionen zu unterschiedlichen Instrumenten des *Nudging* vorherrschen. Sparregeln, die von einer bestimmten Standardvorgabe für das eigene Verhalten ausgehen, stoßen – wie in diesem Beitrag erläutert wird – bei den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf enorme Zustimmung. Bevor wir dieses Resultat näher besprechen, gehen wir kurz auf die verhaltenswissenschaftlichen Grundlagen im Kontext von Altersvorsorge-Entscheidungen ein.

3.1 Warum wir keine rationalen Vorsorgeentscheidungen treffen

3.1.1 Gegenwartsfixierung

Die Evolution hat die Menschheit mit einer starken Gegenwartsfixierung ausgestattet (vgl. Sutter 2014). Wir wollen die guten Dinge des Lebens jetzt genießen – sofort, nicht später, nicht morgen und schon gar nicht erst in 40 Jahren. Alle Eltern werden bestätigen können, dass Kinder Geduld bzw. die Fähigkeit, zwischen Heute und Morgen abzuwägen und die zukünftigen Konsequenzen gegenwärtigen Handelns einzuschätzen, nur langsam entwickeln. Bei vielen Menschen findet diese Entwicklung erst sehr spät und oft auch unvollständig statt, sodass sie – auch noch als erwachsene Menschen – durch ein übermäßig hohes Ausmaß an Ungeduld und limitierter Handlungskontrolle charakterisiert sind. Es ist also nicht nur den sozialen Normen der Jugendlichen – der starken, gegenwartsorientierten Konsum-Kultur – geschuldet, dass junge Menschen vor allem auf die unmittelbare Erfüllung „akuter“ Bedürfnisse (das Smartphone, der Urlaub, ...) fokussiert sind. Die starke Gegenwartsfixierung liegt einfach in der Natur junger Menschen. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Befragung wieder.

Konfrontiert mit der fiktiven Entscheidung, ob sie einen Lotteriegewinn über 100 Euro sofort oder aber 101 Euro in einer Woche ausgezahlt haben

möchten, zeigen sich 58 % geduldig und sind bereit (bei einem attraktiven Zinssatz von 1 % pro Woche) abzuwarten. Werden 105 Euro in einer Woche geboten, sind zumindest 78 % bereit zu warten. Aber selbst wenn 110 Euro in einer Woche zu haben wären (was einem wöchentlichen Zins von 10 % entspräche), zeigt sich jeder siebte Jugendliche weiterhin ungeduldig und würde die sofortige Auszahlung von 100 Euro dem deutlich höheren, aber später ausgezahlten Betrag vorziehen. Es wäre naiv zu erwarten, dass sich diese Jugendlichen völlig eigenständig um ihre Altersvorsorge kümmern würden, bei der sich ihre Investitionen erst in Jahrzehnten rentieren würden.

Ein genauerer Blick auf die Befragungsdaten zeigt im Weiteren, dass die Gegenwartsfixierung – in diesem Fall das Festhalten an einer unmittelbaren Auszahlung selbst bei überdurchschnittlich attraktiven Zinsen – bei Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau (bzw. niedrigeren Bildungszielen) deutlich stärker ausgeprägt ist. Diese Beobachtung, die konsistent ist mit der umfangreichen Forschung im Feld der Zeitpräferenzen (vgl. etwa Burks et al. 2012), deutet auf das gesellschaftliche Problem hin, das aus diesem Muster folgt: Jugendliche, die hinsichtlich ihrer Ausbildung voraussehend agieren und in ihre Zukunft investieren, sind auch eher bereit, in Eigeninitiative für das Alter zu sparen. Umgekehrt sind jedoch jene, die übermäßig starke Gegenwartspräferenzen (mit einem hohen Maß an Ungeduld) an den Tag legen, auch im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt typischerweise weniger erfolgreich. Sie erzielen geringere Einkommen und sind dann im Alter umso härter von den vernachlässigten oder gänzlich fehlenden Sparanstrengungen betroffen.

3.1.2 Zeitinkonsistenz

Nicht nur die ausgeprägte Gegenwartsfixierung steht den Jugendlichen bei ihren eigenständigen Vorsorgebemühungen im Weg, sondern auch die Zeitinkonsistenz in ihren Wünschen (Laibson 1997). Zeitinkonsistente Präferenzen führen dazu, dass Menschen „unangenehme“ Aktivitäten aufschieben – ein Verhaltensmuster, das auch unter dem Begriff *Prokrastination* bekannt ist: *Heute* wollen wir noch das Leben genießen – um Gesundheits- und Altersvorsorge kümmern wir uns *morgen*. Wenn aber am nächsten Tag das ehemalige Morgen zur Gegenwart wird, halten wir uns nicht an die guten Vorsätze. Wir gehen doch nicht Joggen, essen weiter ungesund, und fangen auch nicht an zu sparen.

Die verhaltensökonomische Forschung hat solche zeitinkonsistente Verhaltensmuster als Abweichung vom rationalen Entscheidungsmodell in den letzten Jahrzehnten intensiv untersucht (Bryan et al. 2010). Dabei hat sich

gezeigt, dass Zeitinkonsistenz ein sehr weit verbreitetes Phänomen ist. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen jenen, die ihre eigene Schwäche antizipieren – also ihre Prokrastination als Problem begreifen und etwas dagegen unternehmen wollen – und jenen, die trotz wiederkehrender Erfahrungen ihre zeitinkonsistente Verhaltensweise ignorieren. Der letzteren Gruppe mangelt es an einem Problembewusstsein, zumal sie noch optimistisch in die Zukunft blickt („Morgen fange ich ohnehin zu sparen an.“). Die erste Gruppe jedoch, die das Problem angehen möchte, hat eine Nachfrage an Hilfestellungen aus der Politik, die sie in ihrer Zeitinkonsistenz unterstützen. Auf diesen Punkt werden wir im Folgenden zurückkommen.

3.2 Nudges in der Altersvorsorge

Die Diskussion hat gezeigt, dass die ohnehin schwierige Entscheidung – als junger Mensch Vorsorge für das Alter zu betreiben – durch eine hohe Gegenwartfixierung sowie durch zeitinkonsistentes Aufschiebeverhalten weiter erschwert wird. Aus einer verhaltenswissenschaftlichen Perspektive ist es somit nicht verwunderlich, wenn in immer kürzeren Abständen von der fehlenden Eigeninitiative der Jugendlichen berichtet wird, die kaum oder zu wenig Vorsorge betreiben.

Die Verhaltensmuster, die zu diesem Problem beitragen, bieten jedoch nicht nur einen Erklärungsansatz, sondern motivierten auch eine Batterie von neuen „verhaltenswissenschaftlichen Politikinstrumenten“, die – vor allem in angelsächsischen Ländern – schon weitreichenden Einfluss auf die Ausgestaltung von Rentensystemen erlangt haben. Die meisten dieser Politikansätze lassen sich unter dem eingangs diskutierten Schlagwort *Nudging* zusammenfassen.

Hinter diesem genauso breiten wie ungenauen Begriff verbirgt sich eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze der gezielten Verhaltenssteuerung, die als Formen des „sanften Regulierens“ im Rahmen eines „libertären Paternalismus“ interpretiert werden können (Thaler/Sunstein 2003). Es geht darum, menschliches Verhalten durch die institutionelle Gestaltung des Entscheidungsumfeldes (*choice architecture*) in bestimmte Richtungen zu lenken, ohne auf zwingende Verbote oder Gebote zurückzugreifen. Meist wird der Entscheidungskontext so umgestaltet, dass die angestrebte Verhaltensweise auch die für die Entscheidungsträger angenehmste und einfachste ist. Der Ansatz ist paternalistisch, weil er Individuen bevormundet. Gleichzeitig kann man diesen Paternalismus als „sanft“ oder „libertär“ bezeichnen, weil er dem Individuum jederzeit die Möglichkeit einräumt, sich gegen den Weg zu entscheiden, auf den es gestupst wird.

3.2.1 Automatismus mit Ausstiegsmöglichkeit

Einer der bekanntesten und gleichzeitig wichtigsten *Nudges* in der Altersvorsorge ist die automatische Teilnahme an einem Altersvorsorgeprogramm, die jedoch abgewählt werden kann. Hier geht es um Pläne, in die automatisch (per *default*) eingezahlt wird – es sei denn, man entscheidet sich bewusst dagegen (was als *opting out* bezeichnet wird). Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung bedeutet ein solcher Ansatz, dass im Gegensatz zu einem „Zwang zum Sparen“, etwa über eine gesetzliche Verpflichtung mit einer bindenden Abgabe, automatisch eine Standardvorsorge angeboten wird. Nur dann, wenn man als Arbeitnehmer aktiv von der Ausstiegsmöglichkeit Gebrauch macht, kann man sich dem Standardangebot entziehen. Tut man nichts, zahlt man automatisch in ein Altersvorsorgesystem ein. Die Kombination von Automatismus mit Ausstiegsmöglichkeit, die in der Fachliteratur auch als *Default-cum-Opt-Out* bezeichnet wird, repräsentiert somit eine „sanfte“ Intervention, da man als Arbeitnehmer das System abwählen kann.

Die empirische Forschung dokumentiert einen enormen Einfluss solcher Automatismen. In den USA sind im Kontext der Altersvorsorge die betrieblichen Beitragspläne (*401k*) das Paradebeispiel. Das automatische Investieren eines Teils des Einkommens durch den Arbeitgeber hat zu einem massiven Anstieg der Altersvorsorge beigetragen. Die Ausstiegsmöglichkeit wird dabei nur selten genutzt (Beshears et al. 2008; 2010). Ähnliche positive Erfahrungen mit *Default-cum-Opt-Out*-Instrumenten wurden in Australien gemacht (*My Super*-Altersvorsorge, siehe „Cooper Review“ in: Australian Government 2010), Neuseeland (*KiwiSaver*-Programm; für Evaluierungsergebnisse siehe Toder/Khitatrakun 2006) und Singapur (*Lifelong Income*).

Die ähnlich gelagerten positiven Erfahrungen mit solchen Ansätzen in Dänemark und Großbritannien, die im zweiten Teil dieses Buches vorgestellt werden (Kapitel 7 und 8), zeigen zudem auf, dass es vor allem junge Menschen sind, die durch den Automatismus zu einer vermehrten Altersvorsorge gebracht werden. Die Untersuchung aus Dänemark dokumentiert zusätzlich, dass der Anstieg der Einzahlungen in *Default*-Sparpläne *nicht* durch eine Reduktion anderer Sparformen kompensiert wird. Die Evidenz legt somit nahe, dass die *Default-cum-Opt-Out*-Systeme zu einem massiven Anstieg der gesamten Sparquote führen.

Im Gegensatz zur traditionellen Anreizform der steuerlichen Bevorteilung können *Default*-Regeln einen enormen Einfluss entfalten. Dieser basiert neben dem Status-Quo-Bias von Menschen (also der Tendenz, das eigene Verhalten nicht zu ändern) vor allem auf dem oben beschriebenen Aufschiebeverhalten. Selbst jene Menschen, die das System abwählen und aus ihm aussteigen wollen, tendieren dazu, diese Entscheidung aufzuschie-

ben, weil sie oft mit wenig ansprechenden bürokratischen Aktivitäten verbunden ist. Wie weit für alle Handlungsträger die Entscheidungsfreiheit gewährleistet ist, von der Ausstiegsmöglichkeit tatsächlich Gebrauch zu machen, bleibt somit offen.

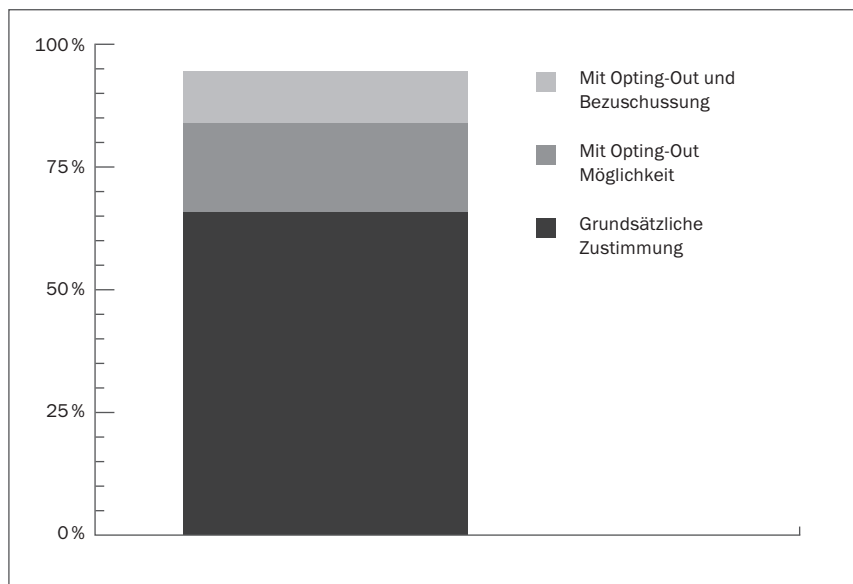
3.2.2 Akzeptanz von Automatismen

Inwiefern *Default*-Regeln in der Altersvorsorge auf Zustimmung in Deutschland stoßen würden, wurde bisher nicht beleuchtet. Wie zuvor besprochen, sind sich viele Menschen über ihr Aufschiebeverhalten im Klaren und suchen bereitwillig nach Hilfestellungen, um sich verstärkt an ihre guten Vorsätze zu halten (*commitment strategies*, siehe Bryan et al. 2010). Gleichzeitig ist nicht klar, wie jene Individuen, die durch Automatismen zu mehr Sparen animiert werden könnten, solche mehr oder minder sanften Stupser empfinden. Die vorliegende Befragung liefert erste Antworten auf diese Fragestellung.

Konkret konfrontierte die Befragung die Jugendlichen mit einer Reihe fiktiver Vorschläge zur Reform des Rentensystems in Deutschland. Ein Vorschlag skizziert dabei ein *Default*-System, in dem Arbeitgeber einen kleinen Teil (zum Beispiel 1%) des Einkommens *automatisch* auf ein „Altersvorsorge-Sparkonto“ des Arbeitnehmers einzahlen und damit langfristig für die Rente sparen. Eine deutliche Mehrheit von 65% der 17 bis 27 Jahre alten Befragten spricht sich für die Einführung einer solchen automatischen Sparregel aus – selbst wenn die Möglichkeit eines *Opting-Outs* völlig unerwähnt bleibt. Unter den weiblichen Befragten liegt die Zustimmungsrate sogar bei 76%. Wird betont, dass man jederzeit aus der automatischen Sparregel aussteigen könne, so befürworteten insgesamt 83% der Befragten (93% der weiblichen Befragten) die Einführung. Die Zustimmungsrate steigt nur mehr marginal auf 89% an, wenn der Arbeitgeber einen Zuschuss zu den Sparleistungen des *Default*-Systems leisten würde (Abbildung 39).

Die Resultate dokumentieren somit eine umfassende Akzeptanz dieses spezifischen *Nudges*. Eine Stärkung von *Default-cum-Opt-Out*-Elementen in der (betrieblichen) Altersvorsorge würde bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahezu unisono auf Zustimmung stoßen. Interessant ist dabei, dass der Automatismus der Sparregel per se – ohne das Erwähnen der Ausstiegsmöglichkeit – geschätzt wird. Zum einen kann dies das Bedürfnis reflektieren, die schwierige Entscheidung zwischen unterschiedlichen Vorsorgeelementen abzugeben und verstärkt einem Automatismus zu überlassen. Zum anderen könnte die hohe Akzeptanz von *Default*-Regeln – in Antizipation des eigenen Aufschiebeverhaltens – als ausdrücklicher Wunsch nach einer bindenden Vorsorgestrategie (*commitment*) interpretiert werden.

Abbildung 39: Zustimmung zur Einführung einer automatischen Sparregel



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung. MetallRente: Jugend, Vorsorge, Finanzen 2016

Konsistent mit der ersten Interpretation ist das Faktum, dass die Zustimmung zum *Default*-Sparen bei den weiblichen Befragten – die sich generell weniger entscheidungsfreudig zeigen – besonders ausgeprägt ist. Gegen die zweite Interpretation spricht zusätzlich, dass die Zustimmung zu *Default*-Regeln am schwächsten bei älteren Jugendlichen mit guter Bildung ausgeprägt ist – also bei jenen Gruppen, die bereits Erfahrung mit der Prokrastination von Altersvorsorge sammeln konnten und über ein stärker ausgeprägtes Problembewusstsein verfügen dürften.

3.2.3 Zielsetzungen und Erinnerungen

Ergänzend zur Akzeptanz vom *Default-cum-Opt-Out*-Sparen wurden in der Studie auch die Einstellungen zu einem institutionalisierten System von Zielsetzungen und Erinnerungen untersucht. Es geht um eine Aufforderung (*prompt*), sich (unverbindliche) Ziele für die eigene Altersvorsorge zu setzen, und darum, dass man regelmäßig an diese Ziele erinnert wird. Während verhaltenswissenschaftliche Untersuchungen vergleichbarer Ansätze in der Arbeitswelt, im Bildungsbereich und in der Gesundheitsvorsorge bereits viele positive Resultate dokumentiert haben (Altmann/Traxler 2014; Milkman et al. 2011) – zum Beispiel in Gestalt der positiven Wirkungen

von Zielvereinbarungen (Goerg/Kube 2012) – finden Zielsetzungen und Erinnerungen bisher kaum Eingang in der politischen Debatte zur Altersvorsorge. Unabhängig davon erscheint es interessant zu erfahren, wie junge Erwachsene diesen „sanften Stupser“ wahrnehmen – zumal die Kombination aus Zielsetzungen und nachhaltigen Erinnerungen einen deutlich weniger aufdringlichen *Nudge* darstellt, als der oben besprochene Spar-Automatismus. Würde dieser alternative *Nudge* auf eine noch höhere Akzeptanz stoßen?

Um diese Frage zu beantworten, wurden die Befragten mit einem weiteren Szenario konfrontiert, in dem die Rentenversicherung jeden Arbeitnehmer zum Beginn seiner Berufstätigkeit auffordert, eine (unverbindliche) „Renten-Absichtserklärung“ abzugeben, in der Sparziele für die Altersvorsorge festgelegt werden. An diese Ziele würde man später jährlich erinnert werden.

Auch zu diesem Vorschlag liefert die Befragung ein klares Meinungsbild: Nur 32% der Befragten würden einem solchen System von Zielsetzungen und Erinnerungen zustimmen. Bei den jüngsten Befragungsteilnehmern (17–20 Jahren) sowie bei Frauen liegt die Zustimmungquote etwas höher, bleibt aber in allen Fällen deutlich unter der Schwelle von 50%. Die Ergebnisse zeigen somit, dass diese, im Vergleich zum oben besprochenen Automatismus erheblich sanftere Variante des *Nudging*s bei den Angehörigen der Generation Y kaum Befürworter findet.

Während die Automatismen eines *Default-Cum-Opt-Out*-Systems von einer überwältigenden Mehrheit begrüßt würden, stoßen die personalisierten Zielsetzungs- und Erinnerungs-*Nudges*, die zum eigenverantwortlichen Handeln auffordern und anregen sollen, auf wenig Zustimmung. Die ambivalente Evidenz deutet somit darauf hin, dass die Jugendlichen weniger an einer Unterstützung ihrer Eigeninitiative, als vielmehr an einer Delegation der Vorsorgeentscheidung interessiert sind: lieber Automatismus als Eigeninitiative.

3.2.4 Information und Bildung

Wie sind in diesem Zusammenhang Information und Aufklärung über Strategien der Altersversorgung einzuschätzen? Von ihrem Charakter her ist auch die Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen zum Rentensystem als sanft-paternalistische Strategie zu verstehen. In der aktuellen politischen Debatte erhält hier vor allem eine Frage viel Aufmerksamkeit: Soll es ein (Pflicht-)Schulfach „Wirtschaft und Finanzen“ geben und wenn ja, mit welchen Inhalten? Sollten dabei auch Informationen zur privaten, betrieblichen und gesetzlichen Altersvorsorge angeboten werden?

Die Befragung zeigt auch hier ein klares Meinungsbild: 68% der 17- bis 27-jährigen jungen Leute sprechen sich für ein Schulfach aus, das Fragen zur Altersvorsorge behandelt. Damit drücken mehr als zwei Drittel der Befragten den Wunsch aus, über verschiedene Formen und Strategien ihrer späteren Altersvorsorge im Rahmen eines eigenständigen Faches „Wirtschaft und Finanzen“ mit Lern- und Prüfungsverpflichtung informiert zu werden. Das ist ein bemerkenswertes Ergebnis, welches auf das Empfinden eines Informationsdefizites hindeutet.

Noch ausgeprägter ist der Wunsch nach regelmäßiger Information zu der zu erwartenden Höhe der Rentenansprüche: 91% der Befragten wünschen sich, ab dem Beginn der Berufstätigkeit jährlich über die Höhe der Ansprüche informiert zu werden. Eine klare Mehrheit der Jugendlichen spricht sich dabei auch dafür aus, Informationen zu den drei Säulen der Altersvorsorge in *einer* übersichtlichen und konsolidierten Form zu erhalten: 62% wünschen sich ein personalisiertes Rentenkonto im Internet, das nicht nur Informationen zu den Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch Ansprüche aus der privaten und/oder betrieblichen Vorsorge bereitstellt.

Wie schon in der ersten MetallRente Studie ausgeführt, werden die schulischen Bildungseinrichtungen dieser Rolle bisher nicht gerecht. Sie bereiten den gesellschaftlichen Nachwuchs nicht auf die immer wichtiger werdende Bewältigung der Entwicklungsaufgabe „Wirtschaften“ vor (Hurrelmann 2010). Moderne Gesellschaften sind international vernetzt und dabei wirtschafts- und geldorientiert. Die Schulen in Deutschland haben jedoch bis heute nicht die Rolle angenommen, die sie hier zu spielen haben, nämlich für den Nachwuchs und damit die Zukunft dieser Gesellschaft die Schlüsselinstitution zu sein, die über elementare ökonomische Zusammenhänge aufklärt, Informationen liefert und Orientierung leistet. Den jungen Leuten werden zentrale Bereiche der Alltagserfahrung vorenthalten (Hurrelmann/Otto 2013). Schulen sind heute oftmals ein „wirtschaftsfreier Raum“. Damit verlieren sie als Institution die Hoheit der Deutung und Interpretation nicht nur der wirtschaftlichen Lebenswelt, sondern potentiell auch aller anderen Lebenswelten, in die Schülerinnen und Schüler täglich eingebunden sind und in welche wirtschaftliche Mechanismen und Zwänge zudem meist hineinreichen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erfahren, dass ein in die Lehrpläne aufgenommenes Unterrichtsfach „Wirtschaft und Finanzen“ von den jungen Leuten selbst befürwortet wird. Sie haben ja recht: Nur wenn Schulen Wirtschaft, Finanzen und Zukunftsvorsorge in Unterricht und praktischem Schulleben zu ihren Aufgaben machen, werden sie den Herausforderungen gerecht, vor denen die junge Generation in einer Wirtschaftsgesellschaft heute steht.

3.3 Politische Implikationen

Die vorliegende dritte Metallrente Jugendstudie hat gezeigt, dass Jugendliche und junge Erwachsene unter den heutigen Rahmenbedingungen klar an die Grenzen eigener Planungskompetenzen stoßen: Insgesamt fühlen sie sich überfordert damit, in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten und den damit einhergehenden unberechenbaren Zukunftschancen bereits im Jugendalter in Eigenverantwortung komplexe Entscheidungen für die künftige Alterssicherung treffen zu müssen. Gleichzeitig hat die Studie auch aufgezeigt, wie bereitwillig die Jugendlichen manche (aber nicht alle) *Nudges* aufnehmen würden.

Die in diesem Beitrag angesprochenen Automatismen und *Default*-Regeln, die – wie die Erfahrungen anderer Länder lehren – zu den mit Abstand wirkungsvollsten, aber auch umstrittensten *Nudges* gehören, scheinen den Angehörigen der jungen Generation keine größeren Probleme zu bereiten. Ganz im Gegenteil: Zwei von drei Befragten der Generation Y würden die Einführung eines Spar-Automatismus begrüßen, bei der ein Arbeitgeber – ähnlich wie in vielen angelsächsischen Ländern – standardmäßig einen Teil des Einkommens für die Altersvorsorge investiert. Wenn die Ausstiegsmöglichkeit (*Opting-Out*) aus dem Automatismus betont wird, so läge die Zustimmung bei etwa 85 %.

Liefert dieses beeindruckende Niveau an Zustimmung – in Kombination mit dem unbestrittenen empirischen Befund, dass *Default*-Regeln zu einer stärkeren privaten Vorsorge führen – nicht einen überaus klaren Handlungsauftrag für die Politik? Es ist durchaus berechtigt, diese Frage an die aktuelle Bundesregierung zu stellen, die sich unter dem Motto „wirksam Regieren“ erklärtermaßen stärker den verhaltenswissenschaftlich motivierten Politikinstrumenten öffnen möchte. Die Befragungsergebnisse zeigen hier ganz klar: *Default*-Regeln wären – im Unterschied zu anderen in diesem Beitrag diskutierten *Nudges* – nicht nur wirksam, sondern bei der jungen Generation auch höchst populär.

Dieser jungen Generation, so zeigt unsere Befragung, fehlen die Kompetenzen und Kenntnisse in wichtigen Fragen der Vorsorge und Finanzen. Sie sollten sehr viel besser als bisher über wirtschaftliche und finanzielle Strategien der Zukunftssicherung informiert und „vorsorge-kompetent“ gemacht werden. Diese Kompetenz kann sich aber nur entfalten, wenn die vorgefundenen Handlungsmöglichkeiten und die „Entscheidungs-Architektur“ so beschaffen sind, dass sie den entwicklungsbedingten und lebensphasenspezifischen Perspektiven gerecht werden. Wie dargestellt, geht die Erwartung, im Jugend- und jungen Erwachsenenalter bereits eine aus Eigenverantwortung getroffene aktive Entscheidung über finanzielle Dispositionen für das hohe Alter vorzunehmen, eindeutig über diese Perspektiven hinaus.

Wenn es jedoch gelingt, die Angebote der Zukunftssicherung aus der heutigen, völlig freien in eine strukturiertere Form der Planung zu überführen, wenn die Politik den Mut hat, auf Strategien des *Nudging* einzugehen, wird – so sind die Ergebnisse der Studie zu interpretieren – diese junge Generation konstruktiv darauf eingehen.

- Gensicke, T./Albert, M. (2015): Die Welt und Deutschland – Deutschland und die Welt. In: Deutsche Shell (2015), S. 201–235
- Hurrelmann, K./Karch, H. (Hrsg.) (2010): Jugend, Vorsorge, Finanzen. Herausforderung oder Überforderung? Frankfurt/Main und New York: Campus
- Hurrelmann, K./Karch, H. (Hrsg.) (2013): Jugend, Vorsorge, Finanzen. Von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut? Weinheim und Basel: Beltz Juventa
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2015): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Kapitel 3

Eigeninitiative oder sanfter Paternalismus?

Die Rolle von *Nudging* für die Altersvorsorge

- Altmann, S./Traxler, C. (2014): Nudges at the Dentist. In: European Economic Review Vol. 72(C), S. 19–38
- Australian Government (2010): Review into the Governance, Efficiency, Structure and Operation of Australia's Superannuation System. Office of the Privacy Commissioner
- Beshears, J./Choi, J./Laibson, D./Madrian, B. (2010): Public Policy and Saving for Retirement: the „Autosave“ Features of the Pension Protection Act of 2006. In: Siegfried, J. (Hrsg.): Better Living Through Economics: How Economic Research Improves Our Lives, Cambridge, MA: Harvard University Press. S. 274–290
- Beshears, J./Choi, J./Laibson, D./Madrian, B. (2008): The importance of default options for retirement savings outcomes: Evidence from the United States. In: Kay, S./Sinha, T. (Hrsg.): Lessons from Pension Reform in the Americas, New York: Oxford Univ. Press. S. 59–87
- Bryan, G./Karlan, D./Nelson, S. (2010): Commitment Devices. In: Annual Review of Economics Vol. 2, S. 671–698
- Burks, S./Carpenter, J./Götte, L./Rustichini, A. (2012): Which measures of time preference best predict outcomes: Evidence from a large-scale field experiment. In: Journal of Economic Behavior and Organization Vol. 84(1), S. 308–320
- Goerg, S./Kube, S. (2012): Goals (th)at Work (2012): Goals, Monetary Incentives, and Workers' Performance. Max Planck Institute for Research on Collective Goods. Working Paper 19
- Hurrelmann, K. (2010): Die Wirtschaftskompetenz der Jugendlichen stärken. In: Hurrelmann, K./Karch, H. (Hrsg.): Jugend, Vorsorge, Finanzen. Herausforderung oder Überforderung? Frankfurt/Main und New York: Campus, S. 319–346
- Hurrelmann, K./Otto, A. (2013): Vorsorge als eine Entwicklungsaufgabe des Jugendalters. In: Hurrelmann, K./Karch, H. (Hrsg.): Jugend, Vorsorge, Finanzen. Von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut? Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 128–152
- Laibson, D. (1997): Golden Eggs and Hyperbolic Discounting. In: Quarterly Journal of Economics Vol. 112 (2), S. 443–477
- Milkman, K./Beshears, J./Choi, J./Laibson, D./Madrian, B. (2011): Using Implementation Intentions Prompts to Enhance Influenza Vaccination Rates. In: Proceedings of the National Academy of Sciences Vol 108(26), S. 10415–10420.
- Sutter, M. (2014): Die Entdeckung der Geduld – Ausdauer schlägt Talent. Salzburg: Ecowin
- Thaler, R./Sunstein, C.R. (2009): Nudge: Wie man kluge Entscheidungen anstößt. Berlin: Econ
- Thaler, R./Sunstein, C.R. (2003): Libertarian Paternalism. In: American Economic Review (P&P) Vol. 93, S. 175–179

- Toder, E./Khitatrakun, S. (2006): KiwiSaver Evaluation Literature Review. Tax Policy Center. Brookings Institute. Washington, DC
- Vodafone Stiftung Deutschland (2014): Wirksamer Regieren. Policy Paper. Berlin

Kapitel 4

Europäische Rentenpolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Was junge Beschäftigte heute (noch) von der Rente erwarten können

- Anderson, K.M./Meyer, T. (2003): Social Democracy, Unions, and Pension Politics in Germany and Sweden. In: *Journal of Public Policy* 23 (1), S. 23–55
- Belfrage, C. (2015): The Unintended Consequences of Financialisation: Social Democracy Harmstrung? The Pensions Dilemma. In: *Economic and Industrial Democracy* doi: 10.1177/0143831X15586070
- Bonoli, G. (2003): Two Worlds of Pension Reform in Western Europe. In: *Comparative politics* 35(4), S. 399–416
- Bonoli, G. (2007): Time Matters – Postindustrialization, New Social Risks, and Welfare State Adaptation in Advanced Industrial Democracies. In: *Comparative Political Studies* 40(5), S. 495–520
- Bridgen, P. (2010): Towards a Social Democratic Pension System? Assessing the Significance of the 2007 and 2008 Pension Acts. In: *Social Policy Review* 22, S. 71–96
- Bridgen, P./Meyer, T. (2007): Private Pensions Versus Social Inclusion? Citizens at Risk and the New Pensions Orthodoxy. In: Meyer, T./Bridgen, P./Riedmüller, B. (Hrsg.): *Private Pensions Versus Social Inclusion? Non-state Provision for Citizens at Risk in Europe*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 3–46
- Bridgen, P./Meyer, T. (2014): The Liberalisation of the German Social Model: Public-Private Pension Reform in Germany since 2001. In: *Journal of Social Policy* 43(1), S. 37–68
- Buendia, L./Palazuelos, E. (2014). Economic Growth and Welfare State: a Case Study of Sweden. In: *Cambridge Journal of Economics* 38 (4), S. 761–777
- Cahill, K.E./Giandrea M.D. et al. (2015): Retirement Patterns and the Macroeconomy, 1992–2010: The Prevalence and Determinants of Bridge Jobs, Phased Retirement, and Reentry Among Three Recent Cohorts of Older Americans. In: *Gerontologist* 55(3), S. 384–403
- Ebbinghaus, B./Gronwald, M. (2011): The Changing Public-Private Pension Mix in Europe: From Path Dependence to Path Departure. In: Ebbinghaus B. (Hrsg.): *Varieties of Pension Governance. The Privatization of Pensions in Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 23–56
- Fasang, A.E./Aisenbrey, S. et al. (2013): Women's Retirement Income in Germany and Britain. In: *European Sociological Review* 29(5), S. 968–980
- Häusermann, S. (2010). *The politics of welfare state reform in continental Europe. Modernization in hard times*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Hinrichs, K./Jesuola, M. (2012): Labour Market Flexibility and Pension Reforms: What Prospects for Security in Old Age? *Labour Market Flexibility and Pension Reforms. Flexible Today, Secure Tomorrow?* In: Hinrichs, K./Jesuola, M. (Hrsg.): *Basingstoke, Palgrave Macmillan*, S. 29–61.
- Meyer, T. (2015): Die dritte Säule in der Alterssicherung – brauchen wir eine Neubewertung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise? Deutschland im europäischen Vergleich. In: *Zeitschrift für Soziale Fortschritt* 64, (8), S. 189–195
- Meyer, T./Bridgen, P. (2011): Towards German Liberalism and British Social Democracy: the Evolution of Two Public-Occupational Pension Regimes from 1945 to 2009 Converging

Die beteiligten AutorInnen und Institutionen

Karen M. Anderson

Karen M. Anderson ist außerordentliche Professorin für Sozialpolitik an der Universität Southampton. Sie promovierte an der Universität Washington in Politikwissenschaften und arbeitete an der Radboud Universität Nijmegen Leiden sowie an der Universität Twente. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die politischen Wandlungen der Wohlfahrtsstaaten, die Beziehungen zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und die Auswirkungen der Europäisierung auf die Wohlfahrtsstaaten. Sie ist Autorin des Buches *Social Policy in the European Union* (Palgrave 2015) und Mitherausgeberin des *Handbook of West European Pension Politics* (Oxford University Press 2007). Zudem hat sie Beiträge in verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht.



Paul Bridgen

Paul Bridgen ist seit September 1998 außerordentlicher Professor für Sozialpolitik im Fachbereich Soziologie, Sozialpolitik und Kriminologie an der Universität Southampton. Er absolvierte ein Bachelor-Studium im Fachbereich Geschichte an der Universität Birmingham BA (Hons) und erlangte anschließend den MSc in Politikwissenschaften an der London School of Economics. Im Jahr 2001 promovierte er an der Universität London mit einer Doktorarbeit über die Entwicklung einer Außenpolitik durch die frühe Labour Party Großbritanniens. Er ist Mitglied des ESRC Centre for Population Change und hat sowohl in Großbritannien als auch im Ausland viele Beiträge zum Thema Rentenpolitik veröffentlicht. Weitere Forschungsschwerpunkte sind die politische Ökonomie von Renten und Migration sowie die Sozialpolitik.



Thomas Gensicke

Thomas Gensicke studierte Philosophie in Leipzig und war von 1991 bis 2000 Forschungsreferent am Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Dort promovierte er mit einer sozialwissenschaftlichen Arbeit im Fach Staats-

wissenschaften bei Helmut Klages. Er hatte verschiedene Lehraufträge an der Universität Koblenz-Landau und an der PH Karlsruhe. Von 2001 bis 2015 arbeitete er als Projektleiter bei TNS Infratest Sozialforschung. Inzwischen ist er als selbstständiger Berater im Bereich Sozialwissenschaften tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Werte- und Kulturforschung, Jugendforschung, Forschung über öffentliche Beteiligung und Ehrenamt (Zivilgesellschaft) sowie über die Besonderheiten der neuen Bundesländer. Er war als Co-Autor an den Shell-Jugendstudien 2002, 2006, 2010 und 2015 beteiligt.



Torben Heien Nielsen

Torben Heien Nielsen ist Lehrbeauftragter im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen, wo er im Jahr 2012 promovierte. Er befasst sich mit den Bereichen empirische Volkswirtschaft (Sparverhalten, Renten- und Gesundheitsökonomie) und angewandte Mikroökonomie und verknüpft Varianten der dänischen Politik mit großen Verwaltungsdatensätzen. Insbesondere beantwortet er politische Fragen wie: „Führt die Altersvorsorgepolitik zu mehr Altersvorsorge oder lediglich dazu, dass Ersparnisse zwischen Konten hin- und hergeschoben werden?“ und: „Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Lebenserwartung, Einkommen und Altersvorsorge?“



Klaus Hurrelmann

Klaus Hurrelmann ist seit 2009 Senior Professor für Bildungs- und Gesundheitsforschung an der Hertie School of Governance in Berlin. Er habilitierte sich 1975 mit der Schrift „Erziehungssystem und Gesellschaft“. Er war 35 Jahre lang Professor für Sozialisationsforschung an den Universitäten Essen und Bielefeld. Ende der 1990er-Jahre wandte er sich zusätzlich der Gesundheitsforschung zu und war als langjähriger Gründungsdekan maßgeblich an der Etablierung der ersten deutschen School of Public Health in Bielefeld beteiligt. Seit 2002 arbeitet er im Leitungsteam der Shell Jugendstudien mit, seit 2007 auch bei den World Vision Kinderstudien. Er ist Autor mehrerer Lehrbücher und Herausgeber einflussreicher Handbücher.



Sergi Jiménez-Martín

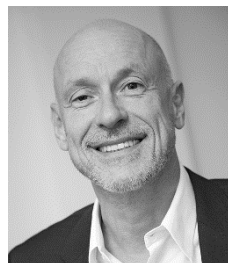
Sergi Jiménez-Martín ist Professor an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona, Direktor der Barcelona Microeconometrics Summer School (BMiSS) an der Barcelona Graduate School of Economics (GSE) und Forschungsbeauftragter bei der Stiftung für angewandte Wirtschaftsforschung (Fundación de Estudios de Economía Aplicada, FEDEA) in Madrid. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Rat der Zeitschriften



Applied Economic Perspectives and Policy und *Cuadernos Económicos de ICE* und schreibt regelmäßig im Blog *Nada es Gratis* (Nichts ist gratis). Sein Hauptforschungsgebiet ist die mikroökonomische Analyse der Arbeitsmarkt- und Gesundheitsökonomie mit Schwerpunkt auf dem Verhalten von Menschen im Renteneintrittsalter und/oder von Hilfsbedürftigen.

Heribert Karch

Heribert Karch war nach Berufsausbildung und Studium an der Akademie für Arbeit in Frankfurt/Main in der IG Metall als Lehrer im Bildungsbereich tätig. 1990 erfolgte die Berufung zum Tarifsekretär für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Ende 1998 die Bestellung zum Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall. In dieser Funktion war er maßgeblich am Gründungsprozess des Versorgungswerks MetallRente beteiligt und ist seit 2001 Geschäftsführer dieser gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien Gesamtmetall und IG Metall. Heribert Karch ist Vorsitzender des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba).



Traute Meyer

Traute Meyer ist seit 2000 Professorin für Sozialpolitik an der Universität Southampton. Sie forscht über die sozialen Sicherungssysteme in Europa und interessiert sich besonders für die Frage, wie die Verantwortung für die Alterssicherung zwischen Staat, Unternehmen und Individuen verteilt ist und welche Auswirkung diese Verteilung auf Individuen hat. Sie ist außerdem Mitherausgeberin des *Journal of European Social Policy*. Nach ihrem Diplom in Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin erhielt sie ein Promotionsstipendium in der Forschungseinheit Labour Market Policy and Employment im Social Science Research Center in Berlin.



Søren Leth-Petersen

Søren Leth-Petersen ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen. Im Jahr 1996 schloss er sein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Southampton mit dem M.Sc. ab. 1997 promovierte er an der Universität Kopenhagen. In seiner Forschung wertet er Mikrodaten aus, um herauszufinden, wie Personen oder Haushalte auf wirtschaftliche und politische Anreize reagieren. Er ist Spezialist für die Sammlung und Analyse von Verwaltungsdaten und beschäftigt sich mit dem Konsum- und Sparverhalten sowie den finanziellen Problemen von Privathaushalten. Er hat sich mit den Themen Altersvorsorge und Sparverhalten beim Erwerb von Immobilien befasst und dabei die Wahl der Hypothek, die Entwicklung der Immobilienpreise und die Renditeerwartungen untersucht.



Marek Naczyk

Marek Naczyk ist Postdoktorand an der Hertie School of Governance in Berlin und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre d'études européennes und am LIEPP, Sciences Po Paris. Er promovierte in Politikwissenschaften an der University of Oxford und ist Absolvent des Sciences Po Paris. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Privatisierung der Altersvorsorge in den OECD-Staaten und der Zusammenhang zwischen Rentenreformen, der Entwicklung der Kapitalmärkte und den Reformen der Systeme der Unternehmensführung. Von 2008 bis 2014 war er für die Europäische Kommission als unabhängiger Experte für das französische Rentensystem tätig.



Monika Queisser

Monika Queisser leitet seit 2009 die Abteilung Sozialpolitik der OECD in Paris. Vor ihrer Ernennung war die promovierte Politikwissenschaftlerin als Expertin für die vergleichende Analyse von Rentensystemen und Rentenreformen, Studien zur demographischen Entwicklung und Bevölkerungsalterung bei der OECD tätig. In den Jahren zuvor arbeitete sie als Referentin und Redenschreiberin im Kabinett des OECD-Generalsekretärs Angel Gurría. In den 1990er-Jahren war sie bei der Weltbank in Washington beschäftigt und als Referentin in der Entwicklungsländerabteilung im ifo Institut für Wirtschaftsfor-



schung in München. Außerdem arbeitete sie als freie Journalistin für Printmedien und im Hörfunk.

Christian Traxler

Christian Traxler ist Professor für Ökonomie an der Hertie School of Governance. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, Carlos III de Madrid und an der LMU München, wo er 2006 promovierte. Nach Forschungsaufenthalten in Amsterdam und Ann Arbor, Michigan, arbeitete er am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn. 2011 trat er eine Professur an der Universität Marburg an, wo er bis 2013 den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft leitete. In seiner Forschung untersucht Christian Traxler Fragestellungen aus der Verhaltensökonomie und der Finanzwissenschaft. Dabei evaluiert er u. a. die Wirksamkeit von *Nudges* und anderen alternativen Politikansätzen.



Bildnachweise:

Thomas Gensicke: Deutsche Shell; restliche Autorenfotos: privat